

Erscheinung
täglich mit Ausnahme Sonn-
und Feiertage.

Bezugspreis
vierteljährlich 3 M., frei ins
Haus gebracht; durch die Post-
bezogen mit Bestellgeld
3 M. 17 Pf.

Wagenkarten 25 Pf.
Einzelnummer 5 Pf., ältere
10 Pf.

Kreis-Zeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Normand-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichtenteil die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle

Luisenstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Der Ministerwechsel.

Die Julilust scheint in Deutschland den Ministern nicht zu bekommen. Im vorigen Jahre war es Herr von Bethmann Hollweg, der ihrer gewitterschwangeren Schwüle unterlag, trotzdem er bis zum letzten Augenblick als der starke Mann zu erscheinen suchte, der er im Grunde seines Wesens nicht war. In diesem Jahre folgt ihm, fast genau auf den gleichen Tag, Herr v. Kühlmann in die Verlenkung, unter Begleitumständen, die sein Wiederauftauchen zu späterer Zeit und auf anderem Posten eigentlich ebenso unglaublich erscheinen lassen wie es bei dem früheren Reichskanzler der Fall ist. Sein unmittelbarer Nachfolger, Herr Dr. Michaelis, verwaltet heute als Oberpräsident der Provinz Pommern; die Herren von Bethmann Hollweg und v. Kühlmann dürften dagegen dauernd im Privatleben, dem sie nach längerer oder kürzerer Amtstätigkeit wiedergegeben sind, bleiben.

Aber das sind Nebensachen, die heute keine Bedeutung haben. Heute steht einzig und allein die Sorge im Vordergrund, ob und wie wir diesen neuen Ministerwechsel in einem Augenblick voller politischer Hochspannungen überstehen werden. Einmal nach außen hin, wo man sich gewöhnt hat, in Herrn v. Kühlmann den Hauptträger der Verständigungsströmungen in Deutschland zu erblicken, den man zwar um deswillen nicht weniger abweisend behandelte, so oft er Friedensfühler ausstreckte, an den aber doch diejenigen Friedensfreunde im Lager unserer Feinde sich hielten, die den Mut zur Vertretung ihrer Anschauungen noch nicht ganz und gar verloren hatten. Nun, ihnen ist zu sagen, daß Herr v. Kühlmann bei allem seinem Hervortreten in der großen Öffentlichkeit doch immer nur einer der Staatssekretäre des Reichskanzlers gewesen ist; der wichtigste seiner politischen Mitarbeiter, zweifellos, aber doch eben nur sein Mitarbeiter. Die maßgebenden Richtlinien unserer auswärtigen Politik wurden vom Grafen Hertling als dem einzigen, nach der Verfassung verantwortlichen Reichsbeamten, im Einvernehmen mit dem Kaiser selbstverständlich und mit der Obersten Heeresleitung, die uns den Sieg über eine Welt von Feinden verbürgt, festgelegt, und der Reichskanzler hat an diesen Sachverhalt wiederholt vor allem Volke nachdrücklich erinnert, als der Anschein entstanden war, als wären ihm die Fäden der politischen Geschäftsführung vorübergehend zum mindesten in dem Wirbel dieser Kriegsercheinungen entglitten. Was Herr v. Kühlmann jetzt zum Verhängnis geworden ist, war nicht etwa seine Friedenssehnsucht, von der sich wohl kein Mensch in Deutschland — und auch sonst auf der ganzen Welt — frei fühlen wird. Der Vorwurf, der ihn trifft, besteht darin, daß er die vom Kanzler festgelegte und von ihm selbst gebilligte Politik in ungeeigneter Form öffentlich vertreten hat. Ob dabei bewußte Absicht oder persönliches Mißgeschick obgewaltet hat, kommt für die sachliche Beurteilung des Falles nicht in Frage. Für sie muß es genügen, daß Herr v. Kühlmann durch den Ton und auch durch den Inhalt seiner letzten Reichstagsrede die Ziele gefährdet hat, zu denen er sich vorher dem vorgelegten Kanzler gegenüber ausdrücklich bekannt hatte. Bleibt also Graf Hertling auf seinem Posten, so wird auch an der bisherigen Politik unserer Reichsleitung nichts geändert, und die Entlassung des Herrn v. Kühlmann ist gerade ein Beweis dafür, daß an diesen Grundlagen unserer Politik niemand rütteln darf, und sei er auch noch so hoch gestellt. So liegen die Dinge, das Ausland mag dazu sagen, was es will.

Aber auch für unsere innerstaatlichen Verhältnisse gilt das gleiche: es bleibt alles, wie es war — wenigstens so weit der Wille der Reichsregierung dabei entscheidend ist. Hier bietet nicht nur das Verbleiben des Grafen Hertling an der Spitze der Reichsleitung die Gewähr dafür, daß keinerlei Kursänderung beabsichtigt wird. Auch Herr von Payer würde unzweifelhaft sofort seine Koffer packen, wenn etwa mit Herrn von Kühlmann die innere Verständigungspolitik fallen gelassen werden sollte, die dem schwäbischen Demokraten die Uebernahme seiner hohen Reichsstellung ermöglichte. Daraus ist in Wirklichkeit gar keine Rede. Herr v. Payer scheint es denn auch in Wirklichkeit bereits gelungen zu sein, die Parteien der Linken über den Grund und den Sinn des Ministerwechsels einigermaßen zu beruhigen. Die Aufregung des ersten Augenblicks hat wieder vernünftigen Überlegungen Platz gemacht, und man zeigt sich bereit, den Kanzler und seinen neuen Staatssekretär über ihre Ziele und Absichten zu hören und sich erst nachher ein abschließendes Urteil über die letzten Vorgänge zu bilden. Das ist ein billiges Verhalten, gegen das niemand etwas einwenden kann. Das Recht des Kaisers, seine Berater nach freier Wahl zu bestimmen, darf und soll nicht angetastet werden und es war nach gewissen Vorgängen des vorigen Jahres zum mindesten nicht überflüssig, daß Graf Hertling von diesem Kronrecht einen weithin sichtbaren Gebrauch machte.

Aber auch der deutschen Volksvertretung soll und muß natürlich ihr Recht werden. Sie wird sich sehr bald davon überzeugen, daß die Regierung nicht daran denkt, es ihr zu verkürzen, und so darf man hoffen, daß auch dieser Julisturm vorübergehen wird, ohne das feste Gefüge unseres Reiches auch nur im geringsten erschüttern zu können.

Der Reichskanzler im Hauptauschuh.

Der Reichskanzler ging in seiner Rede im Hauptauschuh des Reichstags davon aus, von der wiederholten und starken Versicherung, daß der Regierungskurs unverändert derselbe sei und bleiben werde, den er bei Antritt seines Amtes vorgezeichnet habe. Die damaligen Vereinbarungen mit den Mehrheitsparteien seien in der inneren Politik größtenteils schon erfüllt und würden auch da restlos durchgeführt werden, wo sich, wie bei dem preussischen Wahlrecht noch Schwierigkeiten ergäben. In der äußeren Politik sei auch in Zukunft die Antwort der deutschen Regierung auf die Papstnote im vorigen Jahr die Grundlage alles ferneren Handelns. Die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung besteht unverändert weiter, und wir seien nur dadurch zum weiteren Kampf gezwungen, daß die Feinde ihrem Vernichtungswillen noch immer Ausdruck geben. Wenn irgendwelche Friedensverhandlungen von Beauftragten der feindlichen Regierungen angestrebt würden, so wird die Reichsleitung jederzeit in vollkommenem Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung ernsthaft darauf eingehen. Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann beruhe nicht auf irgendwelchen sachlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern liege lediglich auf persönlichem Gebiete. Sein in Aussicht genommener Nachfolger, der Gesandte v. Hünke, habe bereits bindende Erklärungen abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die auswärtige Politik des Reichskanzlers, für die dieser allein verantwortlich sei, mitmachen werde. Es sei demnach nicht der geringste Grund zum Mißtrauen in die Absichten der Reichsregierung und in die Stetigkeit der deutschen Politik gegeben.

Die Rede wurde mit größter Aufmerksamkeit, ohne alle Beifalls- oder Mißfallensäußerungen angehört. Dann begann die Aussprache über sie, bei welcher zunächst die Führer der Mehrheitsparteien zu Worte kamen. Trotz mancherlei Ausstellungen, die sie machten, war doch der Gesamteindruck unverkennbar, daß die Kanzlerrede beruhigend gewirkt habe. Eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag oder gar des bisherigen Regierungssystems erscheint danach ausgeschlossen. Es wird wieder einmal alles beim Alten bleiben, nachdem man sich überzeugen lassen mußte, daß der Reichskurs gradlinig weiter gesteuert wird.

Auch in den Wandelgängen des Reichstags machte sich am Nachmittag ganz allgemein in den lebhaften Privatunterhaltungen der Abgeordneten die Auffassung geltend, daß der „Fall Kühlmann“ als erledigt zu betrachten sei und daß der Reichstag seine noch ausstehenden Arbeiten vor der Sommerpause ungestört zu Ende führen könne. Man gab sich der Hoffnung hin, daß dies bis zum Samstag dieser Woche möglich sein werde.

Blätterstimmen.

W. Berlin, 12. Juli. (Priv.-Tel.) Schneller als allgemein erwartet wurde, schreibt die „Germania“, haben sich die politischen Wogen wieder geglättet. Nach der Erklärung des Reichskanzlers läßt sich die Lage so charakterisieren, daß bis zur sozialdemokratischen Mehrheit hinüber der Wunsch besteht, der Regierung Hertlings weiter Vertrauen entgegenzubringen und abzuwarten, wie sich der neue Staatssekretär durch die Tat bewähren wird. Da es in der Politik um die Sache und nicht um eine einzelne Person geht, haben die Mehrheitsparteien nach der Rede des Kanzlers tatsächlich keinen Grund mehr, der Regierung ihr Vertrauen zu entziehen. Wenn der Reichskanzler auch nicht alles, wie es beispielsweise diesem oder jenem in der Wahlrechtsfrage erwünscht wäre, übers Knie bricht, so weiß er doch genau, was er will, und welche Wege hin zum Ziele führen.

Der „Vorwärts“ sagt: Graf Hertling hat der Versuch gemacht, das, was durch die Ereignisse der letzten Tage aus den Fugen geraten ist, wieder einzurücken. Er hat dem Zentrum erwünschte Gelegenheit gegeben, das Band, das es mit der Regierung verbindet, aufs neue zu festigen. Auch die Rede des Fortschrittlers klang nicht, als ob der Vertrauensmann der Volkspartei, Herr v. Payer, daran dachte, aus der Regierung zu scheiden. Scharfe Töne schlug nur der Redner der Sozialdemokratie an, der die Erklärung des Kanzlers nicht befriedigend fand. Der „Vorwärts“ kommt dann auf die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den neuen Kriegskrediten zu sprechen, und sagt: Die Fraktion hatte vor den letzten Ereignissen mit allen gegen acht Stimmen die Bewilligung der Kriegskredite beschlossen, wird sich aber wohl mit der Angelegenheit nochmals befassen.

Wie die „Vossische Zeitung“ hört, sind gestern bei Herrn von Payer eine Besprechung statt, bei der eine Reihe von Reichstagsmitgliedern Gelegenheit hatte, sich mit dem Gesandten von Hünke auszusprechen.

Der 15-Milliarden-Kredit zur Beratung.

Berlin, 11. Juli. (M. B.) Um 1/3 Uhr stellte im Hauptauschuh des Reichstages der Vorsitzende Ebert den Entwurf betreffend den 15-Milliarden-Kredit zur Beratung.

Einleitend erklärte Vizekanzler von Payer, der Reichskanzler werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich geben. Auch seien bei früheren Anlässen trotz beschlossener Vertraulichkeit Meldungen hinausgegangen, die verwirrend gewirkt hätten. Deswegen wünsche er, daß dem vorgebeugt, und alles, was der Kanzler als vertraulich erkläre, auch als vertraulich behandelt werde, also nicht in die Presse komme.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungs-Erörterung stimmte der Hauptausschuh einem Vorschlag Erzberger zu, entsprechend dem früher geübten Verfahren die Berichte über die Reden vom Regierungstisch von der Regierung selbst geben, die Berichte über die Reden der Abgeordneten durch den Schriftführer prüfen zu lassen.

Der Reichskanzler leitete seine Rede über die politische Lage mit den Worten ein: Ich werde Ihnen alles offen darlegen, wenn die durch den Antrag Erzberger gezogenen Grenzlinien der Berichterstattung eingehalten werden.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 11. Juli. (M. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Tagsüber mäßige Gefechtsaktivität, die am Abend vielfach auflebte. Nächtl. Erkundungsläufe. Ein stärkerer Vorstoß des Feindes nordöstlich von Bethune wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Lebhafte Feueraktivität zwischen Aisne und Marne. Erneute Teilangriffe, die der Feind aus dem Walde von Billers Coterets heraus führte, drückten unsere Posten an den Savieres-Grund zurück.

Von einem Geschwader von sechs amerikanischen Flugzeugen, die Coblenz angreifen wollten, fielen fünf in unsere Hand. Die Besatzungen wurden gefangen genommen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Uebergangswirtschaft.

I.

P. M. Wenn eine Sache zum Schlagwort wird, verliert sie für viele Menschen ihren eigentlichen, ursprünglichen Sinn und erhält dafür eine Bedeutung beigelegt, die ihr mehr agitatorischen als tatsächlichen Wert verleiht. So ist es auch der Uebergangswirtschaft ergangen, für die heute nicht nur wissenschaftliche Organisationen Stimmung machen, sondern die auch zu einem Streitgegenstand zwischen den politischen Parteien und der Regierung, wie zwischen den einzelnen Parteien untereinander geworden ist. Eine solche Verquickung volkswirtschaftlicher und parteipolitischen Dinge schlägt aber erfahrungsgemäß nur selten zum Vorteil der Sache selbst aus und darum empfiehlt es sich, die Uebergangswirtschaft, befreit von allem politischen Parteiinteresse, als reine volkswirtschaftliche Angelegenheit zu betrachten.

Wenn man sich vergegenwärtigen will, welchen Sinn der Begriff „Uebergangswirtschaft“ umschließt, dann muß man sich einmal das volkswirtschaftliche Leben ins Gedächtnis zurückrufen, das vor dem Kriege bestand, und es mit der Wirtschaftsordnung des Krieges in Vergleich stellen. Es ist leider nötig, sein Gedächtnis dabei etwas anzustrengen, denn lang, lang ist's her, daß wir im Frieden lebten. Die alte Friedenswirtschaft war dadurch gekennzeichnet, daß alle Erwerbsstände nach eigenem Ermessen ihr wissenschaftliches Tun einrichten konnten und nur durch die allgemeinen Gesetze der Zivil- und der Strafprozessordnung eingeengt waren. Die Landwirtschaft durfte vor dem Kriege mit den geernteten Früchten und den gezüchteten Tieren nach bestem Gutdünken schalten — heute unterliegt beides dem gesetzlichen Höchstpreissystem und der staatlichen Beschlagnahme und Ueberwachung. Die Industrie und das Handwerk konnten früher in ihren Betrieben herstellen, was sie nach der Marktlage glaubten am besten verwerten zu können — heute wird ihnen staatlich vorgeschrieben, welche Gegenstände in ihren Werkstätten angefertigt und zu welchem Preise die Fabrikate abgesetzt werden müssen; ihre Betriebe werden stillgelegt, das Inventar wird herausgerissen und in den zusammengelegten Betrieben gemeinsam verwertet. Dem Handel war früher kein Höchstpreis und keine Beschlagnahme im Wege, er konnte, wie es der Augenblick und jede Sachlage erforderte, sich durchaus selbständig betätigen — heute führt ihn eine Fülle von Verordnungen wie ein unmündiges Kind am Gängelbande. Großhandel und Kleinhandel sind in gleicher Verdamnis, und der Schleichhandel untergräbt zum Schaden des späteren Wiederaufbaues der Volkswirtschaft das Ansehen des ehrlichen, ehrlichen Handels. Das gesamte wirtschaftliche Leben war vor dem Kriege auf das freie Spiel der Kräfte gestellt, heute dagegen haben wir statt des freien Wettbewerbs die staatliche Beaufsichtigung, statt des persönlichen

Schadens bei unvorsichtiger Berechnung die staatliche Strafe. Früher gingen jede Leistung, jeder Fortschritt von der Persönlichkeit des einzelnen aus, heute — vom Staate? O nein, der Staat reglementiert, beaufsichtigt und bestraft nur, an wirtschaftlichen Fortschritten ist er unschuldig, er ist schon zufrieden, wenn es nur so halbwegs weiter geht und keine Stodung oder gar ein Rückschritt eintritt.

Die freie Friedenswirtschaft hatte den volkswirtschaftlichen Organismus so erstarren lassen, daß selbst die Zwangswirtschaft von vier Kriegsjahren ihn nicht zu zermürben vermochte. Wenn wir wirtschaftlich daher wieder vorwärts kommen wollen, dann gilt es, den Vorkriegszustand durch Beseitigung des Zwangssystems wieder herzustellen. Und die Maßnahmen zum Wiederaufbau der Friedenswirtschaft faßt man in den Ausdruck „Ubergangswirtschaft“ zusammen. Doch es mag schon jetzt gesagt sein, daß wir den Vorkriegszustand in vollem Umfange wohl in Jahrzehnten nicht wieder zu erreichen imstande sein werden. Es kann lange, sehr lange dauern, bis es wirtschaftlich wieder sein wird wie damals.

Amerikanische Luftheiden.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

B. General Pershing wird sich nicht allzu sehr beeilen den Yankee mitzuteilen, daß ein amerikanisches Fliegergeschwader, bei dem Versuch auf oder bei Coblenz Bomben abzuwerfen, einfach gefangen genommen wurde. Fünf Maschinen mit ihren Insassen fielen in die Hände der Deutschen, während ein einziges entkam, um wenigstens Pershing über den Verbleib der anderen Nachricht geben zu können. Bisher hat das Hauptquartier der Yankees immer schöne Siegesberichte herausgegeben, deren Aufmachung allerdings nicht für Europa, sondern für drüben bestimmt war. Sie sollten den jungen Amerikanern zeigen, wie leicht und bequem es sich in Frankreich liegt. Jeden Tag wird angegriffen und jeden Tag erringen die unüberwindlichen Sammler unermessliche Lorbeeren. Auch erfolgreiche Luftangriffe auf deutschem Gebiet hat Pershing wiederholt bekanntgegeben. In den Rahmen dieser Siegesnachrichten, die nie etwas davon zu melden wissen, daß die Yankees in Lothringen und an der Marne jedesmal, wenn sie angriffen, geschlagen wurden, muß Pershing nun die Fliegerheiden von Coblenz unterbringen. Lob und Ruhm war ihnen in Aussicht gestellt, nachdem sie auf das Land der Hunnen ihre Bomben abgeworfen haben würden. So flogen sie los, um verhältnismäßig leichte Beute des deutschen Fliegerdienstes zu werden. Poincaré, Wilson und Lloyd George haben wieder Gelegenheit, sich zu wunderbaren Heldentaten ihrer Truppen, die den Endsieg verbürgen, zu gratulieren. (Berlin geniert.)

Letzte Meldungen.

Der neue Kriegskredit bewilligt.

Berlin, 12. Juli. (W. T. B. Nichtamtlich.) Der Hauptausschuß des Reichstags hat den Nachtrags-Etat betreffend den Kriegskredit von 15 Milliarden angenommen gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten und bei Stimmenthaltung der Polen.

Fliegerangriff auf Offenburg.

F. Karlsruhe, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Ein heute erfolgter Angriff mehrerer feindlicher Flieger auf Offenburg, bei dem eine beschränkte Anzahl Bomben abgeworfen worden ist, hat einigen Sach- und Gebäudeschaden verursacht. Personen sind nicht verletzt worden.

U-Bootbericht.

Berlin, 11. Juli. (W. T. B. Amtlich.) Von unseren U-Booten sind im Kanal neuerdings 4 bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 Bruttoregistertonnen versenkt worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Im Flugzeug nach England.

B. Berlin, 12. Juli. (Priv.-Tel.) Lord Curzon teilte, Reuter zufolge, mit, daß der König und die Königin der Belgier in einem Flugzeug in England eingetroffen seien.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., den 12. Juli 1918.

* Eisernes Kreuz. Der Pionier August Bub von hier, dem die Oesterreichische Tapferkeits-Medaille bereits verliehen wurde, hat jetzt das Eiserne Kreuz erhalten.

* Was gibt es morgen und in der nächsten Woche? Frisches Fleisch und Wurst 150 Gramm. Ferner Halbfett 100 Gramm, eine Sonderzulage von Mehl 150 Gr., Butter 50 Gramm, 1 Suppenwürfel und Frühgemüse (Weißkohl, Karotten usw.), Kunsthonig, Gerstengrauppen und Kaffeebohnen.

* Neue Brotkarten werden morgen in der Zeit von 5 bis 6 Uhr in den bekannten Lokalen ausgegeben. In der diesbezüglichen Bekanntmachung wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die noch gültigen Bezugsscheine für Mehl nicht zurückzugeben, sondern aufzubewahren sind, da die Mehlausgabe voraussichtlich in der kommenden Woche stattfinden wird.

* Die Deutsche Vaterlandspartei wird heute abend um 8½ Uhr im großen Speisesaal des Kurhauses eine geschlossene Versammlung für ihre Mitglieder und Freunde (Frauen und Männer) abhalten. Herr Prof. Lorenz-Frankfurt a. M. spricht über den Gedanken: „Unsere Eisenindustrie im Kriege und ihre Zukunft“. Der Redner wird seinen Vortrag durch Lichtbilder unterstützen.

* Die Preise für Frühkartoffeln. Auf mehrfache Anfragen teilt das Kriegsernährungsamt mit, daß eine Erhöhung der Preise für Frühkartoffeln über die in der Verordnung vom 9. März 1918 vorgesehene Höchstgrenze von 10 Mk. hinaus nicht beabsichtigt ist, zumal in wenigen Tagen mit der reichlicheren Anfuhr voll ausgereifter Frühkartoffeln gerechnet werden kann.

* Die Ernteausichten für Gemüse. Nach einer Mitteilung der Zentralstelle für Obstverwertung in Frankfurt a. M. lassen sich die Ernteausichten für Gemüse in Deutschland augenblicklich noch nicht feststellen. Das Frühgemüse hat, so sagt die genannte Stelle, unter der Trockenheit und den Schädlingen sehr gelitten. Besonders der Erbsen, der bei dem trockenen Wetter in ungeheuren Mengen auftrat und gegen den nicht anzukämpfen ist, hat großen Schaden angerichtet. Die Ernte hat sich aber auch hinausgeschoben, so daß die Zufuhr zu den Märkten allgemein die Nachfrage bei weitem nicht deckt.

Die Erntenernte ist bis jetzt gering ausgefallen, dagegen scheint die Späternte besser zu werden. Bohnen waren fast überall auf aufgelaufen, sind aber infolge der Trockenheit und des kalten Wetters erheblich zurückgegangen, so daß bei den frühen Buschbohnenorten die Ernte gering ausfällt. In Ost- und Norddeutschland sind sie zum Teil erfroren. Stangenbohnen bedürfen ebenfalls noch warmes Wetter, in manchen Gegenden fehlt es auch noch an Feuchtigkeit. Dasselbe gilt auch für Tomaten, Karotten und Möhren sind ebenfalls in der Entwicklung zurückgeblieben, wohl hat sich dieselbe infolge des Regens gebessert. Schwarzwurzeln, Pastinaken und Petersilien sind infolge mangelhaften Saatguts sehr schlecht aufgelaufen. Bei Zwiebeln waren die Ausichten anfänglich gut, sind jedoch durch die anhaltende Dürre wesentlich herabgemindert worden. Sie entwickeln sich nach dem Regen zwar besser, jedoch immerhin mit einer guten Mittelernte gerechnet werden kann.

Das Spätgemüse konnte erst in letzter Zeit gepflanzt werden, wo man früher pflanzte, ist der größte Teil der Pflanzen der Trockenheit und den Erbsen anheim gefallen, soweit nicht genügend gewässert werden konnte. Auch in diesem Jahre hat sich wieder gezeigt, von welcher großen Bedeutung für den deutschen Gemüsebau Bewässerungsanlagen sind, deren Einrichtung sich immer lohnen wird.

Künstliche Dünger. Die Firma H. Faber, Frankfurt a. M. hat einen Düngerkalk in den Handel gebracht, wozu folgende Darstellung gegeben wird:

Stickstoffbindender, kohlenaurer Düngerkalk eignet sich besonders gut als Einstreumittel für Jauchegruben, Jauchegruben, Mistkästen usw. Hierbei verbindet sich die Schwefelsäure des Kalkes mit dem Stalldünger zu schwefelsaurem Ammoniak, das als Düngemittel sehr geschätzt ist. Die freiwerdende Kohlenäure des Mistes geht in den Kalk über. Auf diese Weise bindet der Kalk die wertvollen Stoffe des Düngers, die sich sonst verflüchteten hätten. Auch als direkt wirkendes Düngemittel für nährstoffarme Böden, ist der Kalk für Kleefeldern, Wiesen und Hülsenfrüchte sehr geeignet, wo er auch als Kopfdüngung anwendbar ist.

Hus Nah und Fern.

* Oberursel, 11. Juli. In der Maschinenfabrik von Helfrich u. Omer geriet der 17jährige Arbeiter Müller in das Räderwerk der Maschine, wobei ihm der rechte Arm abgerissen wurde.

* Höchst a. M., 11. Juli. Der 58jährige Kolorist Louis Heimendahl, der seit einigen Tagen vermisst wurde, ließ sich am Mittwoch bei der Station Goldstein von einem Zuge überfahren. Er wurde vollständig zerstückelt. Der Gram um den einzigen im Felde gefallenen Sohn hat aller Wahrscheinlichkeit nach den alten Herrn in den Tod getrieben.

* Frankfurt a. M., 11. Juli. Die Strafkammer verurteilte den 45jährigen Glaser Georg Schulmeyer wegen eines Diebstahls von zwei Kaninchen aus einem verlassenen Gartenhäuschen zu einem Jahr Zuchthaus. — 2100 Mark Geldstrafe verhängte das Schöffengericht über den Landwirt H. H. Pfingst in Ginnheim, der für den Bedarf seines Haushaltes ein Kind und ein Schwein mehr geschlachtet hatte, als ihm zustand.

* Mainz, 11. Juli. Der städtische Hafeneinnehmer Hugo Kirchheim hat aus den ihm anvertrauten Kassen 28 000 Mark unterschlagen. Bei ihm wurden 20 000 Mk. Kriessanleihe und 2000 Mk. bares Geld beschlagnahmt, so daß der Stadt nur ein Schaden von 6000 Mark erwächst. Kirchheim, der 43 Jahre alt ist und schon lange in städtischen Diensten steht, wurde verhaftet.

* Bingen, 11. Juli. (Wachsender Reichtum.) Eine Steigerung des steuerpflichtigen Vermögens um rund 20 Prozent in einem Jahre, diesen Ruhm darf die Stadt Bingen für sich in Anspruch nehmen. 1917 belief sich das Vermögen der Bürgerschaft auf rund 100 Millionen, in diesem Jahre wurde es auf 122 027 900 Mark festgesetzt. Dementsprechend erhöhte auch die Einkommensteuer eine Erhöhung um 170 040 Mk. auf 372 468 Mk. Diese wohl einzig dastehende Vermehrung des Volkvermögens ist auf das geeignete Weinjahr 1917 mit seinen phantastischen Weinpreisen zurückzuführen. Und welches Finanzbild wird Bingen erst 1919 darbieten, wenn die in diesem Jahr getätigten Weinversteigerungsergebnisse hinzukommen?

* Wiesbaden, 11. Juli. Nach einer durchgedachten Nacht stürzte der Althändler Späth in schwerbetrunkenem Zustande auf der Straße nieder. Er zog sich dabei eine erhebliche Kopfverletzung zu, die seinen Tod nach kurzer Zeit herbeiführte.

* Eppertshausen (Hessen), 11. Juli. Bei einem Einbruch in das Schwesternhaus fielen Dieben, aller Wahrscheinlichkeit nach Landstreichern, sämtliche Lebensmittel in die Hände.

* Limburg, 11. Juli. Vor der Strafkammer hatten sich die Lokomotivführer H. Horn, Zugführer P. Jast, Werkführer A. Born aus Altkirchen und Hilfschaffner E. Müller aus Gieleroth wegen Verschuldung des Eisenbahnunglücks am 17. September 1917 bei Wilmentod, bei dem sieben Menschen ums Leben kamen, zu verantworten. Das Gericht erkannte gegen alle Angeklagten auf jahrlängige Tötung und Körperverletzung und Jast zu 9, Müller und Born zu je 6 und Horn zu 3 Monaten Gefängnis.

Vermischte Nachrichten.

Keine Nobelpreise vor 1919! Aus Stockholm wird berichtet: Im vergangenen Jahre haben die schwedischen Akademien die Nobelpreise für Physik, Chemie und Medizin nicht vergeben. Für das laufende Jahr 1918 sollen nun diese Nobelpreise, dazu aber auch der für Literatur auch nicht vergeben werden; vielmehr soll die Entscheidung über diese vier Nobelpreise und die drei des Vorjahres erst am ersten Werttage des Juni 1919 fallen. Dabei ist aber die Bestimmung getroffen, daß — ähnlich wie im Vorjahr — die Preisträger keinen Verlust (von Kursverlusten abgesehen) erleiden, denn die Zinsen, die vom 10. Dezember an, dem eigentlichen Verteilungstage, einkommen, werden zum Preise hinzugefügt. Hiernach kommt für das laufende Jahr nur die Vergebung eines Nobelpreises in Frage, des Friedenspreises, über den das norwegische Storting zu entscheiden hat.

Kurhaus-Konzerte.

Samstag, den 13. Juli, von 8—9 Uhr Morgenkonzert an den Quellen. Leitung: Herr Konzertmeister Wünsche. 1. Choral, O Haupt voll Blut und Wunden. 2. Marsch Schneidig (Bollstedt). 3. Ouverture Die beiden Husaren (Doppler). 4. Walzer Weaner Madin (Ziehrer). 5. Königs Gebet aus Lohengrin (Wagner). 6. Potpourri Mit Humor (Schreiner).

Nachmittags und abends Militärkonzert v. d. Garnisonkapelle Homburg. Leitung: Herr Urbach, Agl. Obermusikmeister. Von 4¼—6 Uhr. 1. Stets mobil, Marsch (Unrath). 2. Ouverture Richard der Dritte (Tittl). 3. Walzer a. d. Czardasfürstin (Kalman). 4. Fantasia aus Die Regimentstochter (Donnizetti). 5. Jungfrau von Orleans, Ouverture (Kessels). 6. Treu eigen, Tonstück (Eilenberg). 7. Glimmersteine aus Fünfgaube (Kollo). 8. Aus der Neuzeit, Potpourri (Morena).

Abends 8¼—10 Uhr. 1. Krönungsmarsch aus Die Follunger (Kretschmar). 2. Ouverture Die Entführung a. d. Serail (Mozart). 3. Mein Traum, Walzer (Waldeufel). 4. Toreador et Andlouse (Rubinstein). 5. The Geisha, Fantasia (Jones). 6. Kufotama-Estap (Linke). 7. Ein Herz ein Sinn, Mazurka (Scheel). 8. Des Deutschen Lied (Weyl). 9. Musikalische Telegramme (Clarent).

Stickstoffbindenden, kohlenanren
Düngekalk
garantiert 95 %, maschinenstrenfähig liefert
sofort in Waggonladungen
H. Faber, Frankfurt a. M.,
Wesertrasse 16.

Bahnhofswirtschaft.
Angenehm behagliches Familienlokal. Fürstenberg,
Münchener und Frankfurter Biere. Vorzüglicher Ausschankwein im Anstich. — Kaffee.
W. Lind,
Bahnhofsrestaurateur.